

# 1 EINLEITUNG

Für den Themenkreis der Religion gilt, was bereits zeitgenössische Beobachter ganz allgemein feststellten: Bundesrepublik und DDR waren in einer »unlösbaren Wechselbeziehung«, einer »Verantwortungsgemeinschaft« miteinander verbunden.<sup>1</sup> Dieser Band beschreibt für den Zeitraum von 1945 bis 1990 die Interaktion von Religion, Politik und Gesellschaft. Da trotz aller Abschmelzungen das christliche in Deutschland das einzige religiöse Bekenntnis von Gewicht blieb, bezieht sich dies auf die römisch-katholische Kirche und den Katholizismus sowie die evangelischen Kirchen und den Protestantismus. Im Zentrum stehen Rolle und Bedeutung der beiden christlichen Großgemeinschaften für und in der Politik beider deutscher Staaten bis zur Wiedervereinigung 1990, unter dem Aspekt der grenzübergreifenden Beziehungen. War, wie oft behauptet, der Katholizismus wirklich eine »gesamtdeutsche Klammer in den Jahrzehnten der Teilung«, standen die evangelischen Kirchen in ihrer »besonderen« Ost-West-Gemeinschaft für eine Art »Bewahrung in der Bedrängnis« der Trennung?<sup>2</sup>

Die Darstellung folgt der Grundannahme der Verflechtung, ohne dass dabei Parallelentwicklungen wie auch die dezidierte Abgrenzung aus dem Blick geraten sollen. 96,5 Prozent aller Deutschen in der Bundesrepublik gehörten 1950 formal einem der beiden christlichen Bekenntnisse an (51,2 Prozent dem evangelischen und 45,2 dem römisch-katholischen);<sup>3</sup> 1989 waren es immerhin noch 84,6 Prozent (41,6 Prozent evangelisch und 42,9 Prozent römisch-katholisch).<sup>4</sup> In der DDR ist für die Anfangsjahre von einer ähnlich hohen konfessionellen Bindung auszugehen wie für die Bundesrepublik. Allerdings reduzierte sich die Zahl der Kirchenangehörigen über die vier Jahr-

zehnte des sozialistischen deutschen Staates hinweg dramatisch, nach pessimistischen Schätzungen auf nur noch 19 Prozent Protestanten (1964 noch circa 60 Prozent) und 4,5 Prozent Katholiken (1964: circa 9 Prozent), so dass 1990 nur noch etwa 4,4 Millionen DDR-Bürger einer der evangelischen Gliedkirchen angehörten, und etwa 1,1 Millionen römisch-katholisch waren. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung waren am Ende der DDR konfessionslos.<sup>5</sup> Das Allensbacher Jahrbuch bilanzierte Mitte der 1990er Jahre: »Weniges trennt Ost- und Westdeutsche so scharf wie die kirchlichen und religiösen Bindungen.«<sup>6</sup>

Ungeachtet des sofort ins Auge fallenden Unterschiedes unterlagen aber *beide* deutsche Staaten der großen Tendenz der westlichen Moderne zur Säkularisierung. Dieses Schlagwort, und vor allem die mit ihm verbundenen Prognosen eines weitgehenden Verschwindens des Religiösen, wurden längst einer berechtigten Kritik und Differenzierung unterzogen.<sup>7</sup> Dennoch dürfte der Begriff des »säkularen Zeitalters« ebenso unbestritten sein wie die Bereiche, in denen sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Phänomene der Säkularisierung zeigten: im allgemeinen Rückgang des Glaubens, in der Trennung von Staat und Religion und in der Pluralisierung der »Optionen«. Anders als in früheren, nicht-säkularen oder »religiösen« Zeitaltern war der Glaube an Gott optional geworden.<sup>8</sup> Dies gilt für die Bundesrepublik wie für die DDR, auch wenn die Quoten der formalkirchlichen Bindung am Ende der deutschen Teilung noch so stark voneinander abwichen.

Im sozialistischen deutschen Staat DDR wurde die ideologisch gewünschte Säkularisierung im Sinne von Entkonfessionalisierung und mit dem Fernziel des Absterbens der Religion politisch aktiv vorangetrieben. In der pluralistischen Bundesrepublik blieb die Stimme der Kirchen hingegen ausdrücklich Teil des öffentlichen Diskurses. Trotzdem häuften sich auch hier, besonders seit den 1960er Jahren, die Anzeichen eines »Epochenwechsels«<sup>9</sup>, gekennzeichnet durch Autoritätsverlust, Erosion der Milieus und beginnende Entkirchlichung. Das Thema »Kirchen, Politik und Gesellschaft« wird im Folgenden mit Blick auf die beiden deutschen Staaten im Lichte der grundver-

schiedenen Systemvoraussetzungen betrachtet. Für die Kirchen in der DDR ging es um Selbstbehauptung – anfangs wirklich ums »Überleben«, später um ein Arrangement mit dem sozialistischen Staat. Für die Kirchen in der Bundesrepublik ging es – ohne institutionelle Gefährdung oder existentielle Bedrückung – in der Gründungsphase darum, ihre Ansprüche durchzusetzen und später ihre Rolle im Konzert des sich zunehmend säkularisierenden Pluralismus zu bewahren und sich in den politischen und gesellschaftlichen Debatten vernehmbar zu halten. Ob mit aktiver Assistenz durch das politische System oder ohne: die Bindekraft der christlichen Kernbotschaft schwand – zum Ausdruck gebracht durch das Bild vom »verlorenen Himmel«<sup>10</sup> – hier wie dort, wenngleich mit erheblich voneinander abweichenden Geschwindigkeiten.

Beide Kirchen, ihre Einrichtungen, ihre Akteure und ihre Gläubigen in Ost und West, blieben trotz aller Tendenzen zu organisatorischer Trennung und trotz abweichender Entwicklungsrichtungen bis zum Ende der Zweistaatlichkeit in vieler Hinsicht institutionell, personell und diskursiv aufeinander bezogen. Der Dreiklang aus Abgrenzung, Parallelen und Verflechtung wird nachfolgend an zentralen Themenkomplexen angeschlagen. Auf die nötigen strukturge-schichtlichen Grundlagen folgt mit dem Blick auf die »Erblast des Dritten Reiches« eine knappe Bestimmung des Ausgangspunkts für beide Konfessionen, bevor ihre Einbindung jeweils in Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit der beiden deutschen Staaten betrachtet wird. Vertiefend behandelt werden jeweils der grundverschiedene Umgang mit Religion in Schule und Jugendarbeit, die Rolle der Kirchen in den politischen und gesellschaftlichen Debatten über Krieg und Frieden sowie das Thema der Finanztransfers und innerinstitutionellen, grenzübergreifenden Kontakte. Zwei stärker überblicksartige Kapitel über die Entwicklung des grundsätzlichen Verhältnisses von Staat und Kirchen in Ost und West (Politik) und die Kirchen im gesellschaftlichen Wandel der 1960er-, 1970er- und 1980er Jahre (Gesellschaft) bilden die Achse im Zentrum des Bandes. Mit der Annäherung an das Ende des Untersuchungszeitraums rückt die Rolle beider Kirchen in der Friedlichen Revolution und im

Prozess der Wiedervereinigung in den Fokus, bevor abschließend der Übergang der Kirchen in das wiedervereinigte Deutschland und die Frage nach deren Zukunft in der »post-säkularen« Gesellschaft kurz angerissen wird.

Nicht beabsichtigt ist eine detailgesättigte, gar Vollständigkeit beanspruchende Darstellung der jeweiligen evangelischen und katholischen Ereignisgeschichte in der Bundesrepublik und der DDR, ebensowenig wie eine Kulturgeschichte des »religiösen Feldes«. Zu beidem liegen fundierte Arbeiten vor.<sup>11</sup> Auch die nichtchristlichen Religionsgemeinschaften müssen aufgrund des begrenztem Umfangs außen vor bleiben. Zum Judentum bekannten sich am Ende der alten Bundesrepublik etwa 30.000 Menschen, in der DDR nur wenige Hundert.<sup>12</sup> Ungeachtet seiner geringen Quantität war das Judentum ein Faktor, aber doch eher ein geschichtspolitischer denn religiöser, und bildet daher ein Thema eigener Ordnung. Der Islam spielte weder für die alte Bundesrepublik noch für die DDR eine prononcierte Rolle innerhalb des »religiösen Feldes«, ungeachtet der in manchen westdeutschen Großstädten und Regionen durchaus sehr sichtbaren sozialen Gruppe der türkischen »Gastarbeiter« (seit 1961), oder muslimischer »Vertragsarbeiter« vor allem aus Afrika in der DDR (seit 1951) und ungeachtet auch seiner globalen Politisierung seit der »islamischen Revolution« im Iran und der Mudschahedin-Bewegung in Afghanistan (seit 1979).<sup>13</sup> Desgleichen müssen in dem gesetzten knappen Rahmen die orthodoxen christlichen Bekenntnisse wie auch die evangelischen Freikirchen außer Acht bleiben ebenso wie andere, nicht-monotheistische Religionen, ganz zu schweigen von sektenartigen religiösen Gemeinschaften, wengleich alle diese Orientierungen mehr oder minder fragmentiert in den beiden deutschen Staaten vorzufinden waren.